

Angelika und Klaus Timm

Israel in Erwartung eines politischen Tsunami

„Ich bin besorgt über den anhaltenden Stillstand [der Friedensgespräche]. Und ich bin beunruhigt darüber, dass Israel ein binationaler Staat zu werden droht. Was gegenwärtig vor sich geht, ist selbstzerstörerisch. Wir sind dabei, gegen die Wand zu prallen. Mit voller Geschwindigkeit bewegen wir uns in eine Situation hinein, in der Israel aufhören wird, weiter als jüdischer Staat zu existieren. [...] Wer die Grundprinzipien der 1967er Grenzen anerkennt, wird weltweit internationale Unterstützung erlangen. Wer sie ablehnt, wird die Welt verlieren“ (Shimon Peres anlässlich seiner vierjährigen Präsidentschaft, zitiert nach HA, 17.06.2011, S. 1).¹

„Wer gibt Ihnen das Recht, den Bürgern Israels zu sagen, dass sie und ihre Kinder und die Kinder ihrer Kinder weiterhin und immerdar mit dem Schwert leben müssen? Wer gibt Ihnen das Recht, die Chance auf ein Abkommen und ein normales Leben zu begraben?“ (Tzipi Livni, israelische Oppositionsführerin (Kadima), in der Knessetdebatte am 15. Juni 2011 über die Absage Benjamin Netanjahus an Verhandlungen mit den Palästinensern, HA, 16.06.2011, S. 1).

„Es gibt keine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts, behauptet Netanjahu. Er hat Recht. Es wird keine Lösung geben, solange er im Amt ist“ (Annonce von Gusch Schalom, HA, 17.06.2011, S. 2).

Geschichte im Kreislauf - oder als Spirale?

Wird die Geschichte des Nahostkonflikts im Herbst 2011 eine Umdrehung vollenden und in der Palästinafrage nach 64 Jahren der Zuspitzung und Regelungsresistenz an einen ihrer zentralen Ausgangspunkte zurückkehren? Ein knapper Rekurs auf historisches Geschehen mag die widersprüchliche Konfliktentwicklung in Erinnerung rufen.

Als unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg die militanten Konflikte zwischen Palästinensern, zionistischen Siedlern und britischer Mandatsmacht erneut virulent aufbrachen, sah sich Großbritannien gezwungen, das ihm im Juli 1922 übertragene Völkerbundmandat über Palästina den neu formierten Vereinten Nationen zu übergeben. Zwischen dem 28. April und dem 15. Mai 1947 befasste sich eine UN-Sondertagung erstmals mit der Palästinafrage. Nach Anhörung von Vertretern der britischen Krone, der Jewish Agency und des palästinensischen Arabischen Hochkomitees wurde ein 11-Staaten-Sonderausschuss ins Leben gerufen mit dem Auftrag, das Problem allseitig zu eruieren. Die Empfehlungen des Komitees wurden nach dem 1. September 1947 in verschiedenen UN-Gremien kontrovers erörtert, bevor die Weltorganisation am 29. November 1947 zu ihrer zweiten ordentlichen Sitzung zusammentrat. 33 Mitgliedstaaten, darunter die USA, die UdSSR und Frankreich, votierten für die Resolution 181 (II); 13 Länder, u. a. die arabischen Staaten und Indien, stimmten dagegen; 10 enthielten sich der Stimme, unter ihnen Großbritannien und National-China.

¹ Der Newsletter, teilweise in Gestalt einer Presseübersicht, folgt weitgehend der Berichterstattung bzw. den Kommentierungen der Print- und elektronischen Medien in Israel. Die israelischen Tageszeitungen werden wie folgt zitiert: HA – (hebräischsprachige) Ha'aretz; Ha'aretz – englische Ausgabe der Zeitung; JP – Jerusalem Post; IHT steht für International Herald Tribune.

Der von der Vollversammlung unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht beider in Palästina lebenden Völker mit Mehrheit angenommene Beschluss forderte Großbritannien auf, sich umgehend aus Palästina zurückzuziehen. Anstelle des Mandats sollten zwei unabhängige Staaten entstehen – ein arabischer Staat (auf 43% Palästinas) für 725.000 arabische Palästinenser und 10.000 Juden, und ein jüdischer Staat (56% des ehemaligen Mandatsgebiets), in dem 500.000 jüdische Zuwanderer und 400.000 Araber leben sollten. Jerusalem mit seinen jeweils annähernd 100.000 arabischen und jüdischen Bewohnern wurde ob seiner religiösen Spezifik zu einem internationalisierten *corpus separatum* erklärt. Die drei Gebilde sollten künftig im Rahmen einer Wirtschaftsunion zusammenarbeiten.

Das kriegerische Geschehen der folgenden Jahrzehnte variierte die UN-Resolution und schuf neue politische und demografische Realitäten. Nicht gedeckt durch den Beschluss der Vereinten Nationen hatte Israel während des ersten Nahostkriegs z. B. sein Staatsterritorium von 14.100 auf 20.770 km² ausgedehnt; die übrigen für den arabischen Staat Palästina vorgesehenen Territorien (Westjordangebiet und Ostjerusalem) wurden durch Jordanien annektiert; der Gazastreifen unterstand bis 1967 ägyptischer Verwaltung. In den Grenzen der Waffenstillstandslinien von 1949 („Grüne Linie“, ca. 78% des Mandatsgebiets Palästina) ist Israel heute international, auch durch die PLO, anerkannt. Die palästinensische „Katastrophe“ (*an-Nakba*) von 1948 dagegen potenzierte sich 1967, nachdem die israelische Armee das Westjordangebiet und Ostjerusalem militärisch besetzt hatte (und sie bis heute kontrolliert). Die Resolution 181 (II) vom 29. November 1947 blieb dennoch das zentrale völkerrechtliche Dokument für die Wahrnehmung des Selbstbestimmungsrechts beider Völker, für die Proklamation entsprechender Staatlichkeit und damit – bis in die Gegenwart – eine wichtige Grundlage für jede abschließende Regelung des Palästinenserproblems.

Die Geschichte der israelischen Staatswerdung ist weitgehend bekannt. Nachdem der Hochkommissar, Sir Alan Cunningham, am Vormittag des 14. Mai 1948 die britische Flagge eingeholt und sich im Hafen von Haifa an Bord des Kreuzers „Euryalus“ begeben hatte, trat – gegen 16.00 Uhr – im Stadtmuseum zu Tel Aviv der erst im März neu formierte Jüdische Volksrat zusammen. Er benannte sich in Provisorischer Staatsrat um und bildete aus dem Volksdirektorium die erste (Provisorische) Regierung. Deren 12 Minister an der Seite verlas David Ben Gurion, neu gewählter Ministerpräsident, die Erklärung über die Unabhängigkeit und Souveränität des Staates Israel. Kurz danach wurde der junge Staat durch die Sowjetunion und die USA anerkannt.

Die oberste Repräsentanz der palästinensischen Nationalbewegung, das Arabische Hochkomitee, war politisch und militärisch weitaus weniger formiert als ihr jüdisch-zionistischer Widerpart, zudem konservativ-nationalistisch geführt und vor allem abhängig von den arabischen Staaten jener Zeit, die gegen den Teilungsbeschluss gestimmt hatten. Das Hochkomitee ließ die einmalige historische Chance, parallel zur Proklamation Israels den Palästinenserstaat auszurufen und damit bereits 1948 das Selbstbestimmungsrecht zu verwirklichen, ungenutzt verstreichen. Seiner politischen Zielsetzung gemäß agierte es im ersten Nahostkrieg überdies aktiv an der Seite der kriegführenden arabischen Staaten gegen Israel. Die palästinensischen Opfer, u. a. der Verlust weiter Teile der Heimat und die Degradation von annähernd 650.000 Menschen zu Flüchtlingen, standen in keinem Verhältnis zur Wirksamkeit der Palästinenser als militärische Akteure.

In den folgenden Jahrzehnten wurde der politische Selbstfindungs- und Formierungsprozess der Palästinenser immer wieder durch fremdbestimmte Interessen, selbstbestimmte Fehlentscheidungen, israelische Strafaktionen oder militante Alleingänge arabischer Regimes bzw. Allianzen unterbrochen und verzögert. Das gab der israelischen Führung hinreichend Zeit, sich internationale Bündnispartner zu verschaffen, den eigenen Staat auf- und allseitig auszubauen, in den 1967 besetzten Territorien umfassend zu siedeln, vollendete Tatsachen bzw. neue territoriale und demografische Gegebenheiten zu schaffen – und die Frage nach der

Selbstbestimmung für die Palästinenser bzw. nach der fortwährenden Gültigkeit des UN-Beschlusses von 1947 ungelöst vor sich her zu schieben. Mit Gründung der PLO 1964 trat ein neuer politisch-militärischer Akteur auf den Plan, dem es zwar relativ schnell gelang, auf internationaler Ebene Unterstützung zu erlangen, der jedoch erst während der Intifada 1987-1991 bzw. mit dem Abschluss der Vereinbarungen von Oslo 1993 als ernst zu nehmender politischer Faktor in den palästinensischen Gebieten wirkte.

Innerhalb von sechs Jahrzehnten bildeten sich somit ein neues Widerspruchsgefüge im Nahen Osten bzw. das Palästinenserproblem in heutiger Ausprägung heraus. Die internationale Gemeinschaft sah dem – abgesehen von einigen verbalen Stellungnahmen und unverbindlichen „Lösungsvorschlägen“ – weitgehend tatenlos zu; während des Kalten Krieges wurde der Nahostkonflikt von den Großmächten in bedeutendem Maße instrumentalisiert. Einige Staaten – so die USA – sahen in Israel lange den wichtigsten strategischen Verbündeten und primären Ordnungsfaktor im Nahen Osten. Die osteuropäischen Staaten und ein großer Teil der Entwicklungsländer unterstützten aus politischen und wirtschaftlichen Erwägungen die Positionen der PLO und der Arabischen Liga.

Das Gespenst des Palästina-Staates

„Ein Gespenst geht um in Israel, das Schreckgespenst des palästinensischen Staates“, so kommentierte die liberale Tageszeitung Ha’aretz am 29. April 2011 - durchaus in Anlehnung an die entsprechende Formulierung des 30jährigen Karl Marx. Ha’aretz meinte damit den Furchtkomplex der israelischen Führung, die Vollversammlung der Vereinten Nationen könne im Herbst den Staat Palästina international gültig anerkennen und ihn als Vollmitglied in ihre Reihen aufnehmen.

Während die internationale Öffentlichkeit, auch die Weltpresse, seit Monaten über die „Arabellion“ - den „demokratischen Aufbruch im Nahen Osten“ oder den „Arabischen Frühling“ - spricht bzw. schreibt, blicken die israelischen Politiker und Publizisten mehrheitlich skeptisch auf die Geschehnisse im regionalen Umfeld. Mit den arabischen Autokraten – Husni Mubarak etwa – hatte man sich arrangiert. Sie schienen berechenbar. Die neuen Führer dagegen sind noch unbekannt. Werden es alte Wölfe im Schafspelz sein? Werden junge, demokratisch gesinnte Nationalisten die Macht erringen bzw. sie zumindest beeinflussen? Oder werden sich – über demokratische Wahlen (?) – islamistische Politiker in Kairo, Damaskus, Tripolis oder Sana’a an die Spitze reformierter Regimes setzen – und möglicherweise erneut eine militant antiisraelische Politik einleiten?

Zumindest die palästinensische Führung scheint die Gunst der Stunde bzw. die Möglichkeiten der Politik erkannt zu haben; sie sei in die außenpolitische Offensive gegangen und nutze klug ihre Chancen für die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts – urteilen zahlreiche Kommentatoren israelischer Medien. Die derzeitige Position der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) – so die Innen- und Außensicht - wird zunächst und vor allem durch die Einsicht bestärkt, dass der israelische Counterpart in gegenwärtiger Befindlichkeit das konkrete Interesse an einer Zweistaatenlösung verloren hat, jeden Ansatz zu kompromissorientierten Verhandlungen vermissen lässt und den *status quo* durch einseitige Maßnahmen zu zementieren bzw. täglich neue „vollendete Tatsachen“ zu schaffen sucht (forcierter Siedlungsbau im Westjordangebiet, umfassende „Judaisierung“ Ostjerusalems u. a. m.). Das seien, so die PA, die wirklichen „einseitigen Maßnahmen“, mittels derer neue Realitäten geschaffen und jeder friedlichen völkerrechtlich-demokratischen Regelung der Palästinenserfrage die Grundlagen entzogen würden – und die wohl oder übel auch jedem realpolitischen Agieren zu Grunde zu legen seien.

Gleichzeitig verweisen palästinensische Führer selbstbewusst auf Erfolge bei der nationalen Konsolidierung, im politischen Agieren und bei der Ausgestaltung der „Vor“staatlichkeit. Sie hätten die veränderte territorial-politische Realität (u. a. das Existenzrecht Israels in den Nachkriegsgrenzen von 1949) anerkannt, sich damit in hohem Maße kompromissbereit gezeigt, nach Beendigung der Zweiten Intifada auf militärisches Agieren verzichtet und die israelische Sicherheit an der Ostgrenze gewährleistet.

In der Westbank seien zudem – so die PA - reale wirtschaftliche, politische und kulturelle Elemente der angestrebten Staatlichkeit geschaffen worden. Heute verfüge das PA-Regime über alle wichtigen Merkmale – Rechte und Pflichten – eines Staates, so wie sie in der Konvention von Montevideo 1933 völkerrechtlich gültig festgelegt worden seien. Dazu gehörten ein konkret definiertes Territorium (seit 1967 freilich fremd besetzt) mit einer permanenten Bevölkerung, ein funktionierendes Gesellschaftsgefüge, eine effektive Regierung, internationale Beziehungen (Botschaften, Missionen, Generalkonsulate) zu mehr als 100 Staaten und ein reger internationaler Wirtschafts- und Kulturaustausch (stark beeinträchtigt durch das Besatzungsregime). Die positiven Gegebenheiten in der Wirtschaftskonsolidierung, Gesellschaftsentwicklung und Sicherheitspolitik seien sowohl durch die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds als auch durch die Europäische Union positiv bewertet worden.

Auch dem stereotypen (Verweigerungs-)Argument der israelischen Regierung, auf palästinensischer Seite sei kein Partner für Verhandlungen in Sicht, da die PA bzw. Mahmud Abbas nur für die Westbank sprechen könnten, wurde eine neue Realität entgegen gesetzt. Am 27. April 2011 vereinbarten PA und Hamas im Abkommen von Kairo die Zusammenführung beider Teile Palästinas (Westjordangebiet und Gazastreifen) im Rahmen der z. Z. gegebenen Möglichkeiten. Als Gesten gegenüber Israel und Teilen der internationalen Gemeinschaft einigte man sich zudem darauf, dass bis zu den ausstehenden Wahlen zur palästinensischen Legislative eine Regierung von Technokraten gebildet würde; alle außenpolitischen Aktivitäten würden bis zu diesem Zeitpunkt durch den Präsidenten wahrgenommen – auch mögliche Gespräche mit Israel.

Was sollen (und wollen) die Palästinenser in Anbetracht der skizzierten Gegebenheiten nunmehr tun? Ihr politischer Handlungsrahmen ist extrem eng: Israel – ein Non-Partner für ergebnisorientierte Friedensgespräche; Präsident Obama – vorwiegend innenpolitisch beschäftigt, d. h. auf die Präsidentschaftswahlen 2012 und damit auf Republikaner und die Israel-Lobby in den USA fixiert; die Europäer – vollmundig zwar und spendabel, hinsichtlich der konkreten Lösung der Palästinenserfrage jedoch wenig entschieden und zudem handlungsschwach; die anderen Großmächte, Russland, China, Indien, und die arabischen „Bruderstaaten“ – voll mit eigenen Problemen beschäftigt; der Sicherheitsrat – sich permanent selbst blockierend. Als Hoffnungsschimmer und winziges Aktionsfeld bleiben letztlich nur die UN-Vollversammlung bzw. die Erwartung in eine pro-palästinensische Zweidrittelmehrheit ihrer Mitglieder. Sie könnten der Konfliktbearbeitung einen neuen Impuls geben, die politische Konsenssuche aus der Erstarrung lösen und der lang anstehenden internationalen Anerkennung des souveränen Palästinenserstaates in den durch die Weltorganisation fixierten Grenzen vom 4. Juni 1967 eine vorsichtig optimistische Chance geben.

Immerhin war es eine UN-Vollversammlung, die den völkerrechtlichen Entscheidungsrahmen für das Palästinaproblem absteckte bzw. die entsprechende Konfliktbearbeitung in Gang setzte. Die Weltorganisation steht bis heute somit in der Pflicht, die Durchsetzung des Völkerrechts, d. h. ihrer eigenen Beschlüsse, auch weiterhin und abschließend zu verantworten. Die internationale Staatengemeinschaft zumindest teilt mit großer Mehrheit diese einfache Sicht auf die Realität. Wer sich dagegen einem entsprechenden Beschluss des international zuständigen Weltgremiums verweigert, nimmt billigend in Kauf, dass ein ganzes

Volk weiterhin entrechtet bleibt, permanent grundlegende Menschenrechte verletzt werden, extreme Kräfte neuerlich zu terroristischen Aktionen animiert werden, Israel durch Verzicht auf politische Regelungen nicht sicherer wird, die Enttäuschung der Palästinenser sich in einer dritten Intifada entladen kann oder neue Nahostkriege heraufbeschworen werden. Noch ist Zeit für konfliktdämpfendes kluges und engagiertes Handeln; viele Vorentscheidungen sind noch offen; erst der Herbst wird die Antworten geben.

Ganz im Sinne der skizzierten Problemlage wandte sich Präsident Abbas in den letzten Monaten nicht nur mehrfach an sein Volk, sondern in einem längeren Artikel auch an die US-Öffentlichkeit (vgl. u. a. IHT, 18.05.2011, S. 6). Da Israel immer mehr Siedler in die okkupierte Westbank schicke – so Abbas - und gleichzeitig den Palästinensern den Zugang zu weiten Teilen ihres Landes und ihrer heiligen Stätten, insbesondere Jerusalems, verweigere, internationaler Druck Israel andererseits nicht von der Siedlungstätigkeit abgebracht hätte, habe er sich nunmehr an die Vereinten Nationen gewandt mit der Bitte, den Staat von Palästina in den Grenzen von 1967 international anzuerkennen und ihn als Vollmitglied in die Weltorganisation aufzunehmen. „Wir wenden uns an die Vereinten Nationen, um das Recht einzuklagen, frei in den verbleibenden 22% unseres historischen Heimatlandes leben zu können. 20 Jahre haben wir mit dem Staat Israel verhandelt, ohne der Schaffung eines eigenen Staates auch nur einen Schritt näher gekommen zu sein.“ Verhandeln bliebe zwar weiterhin die „erste Option“ der Palästinenser, müsste nunmehr jedoch durch Schaffung einer anderen Rechtssituation international gestützt werden. Unmissverständlich erklärte Abbas im selben Artikel, dass „der Staat Palästina friedliebend sein wird, verpflichtet den Menschenrechten, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und den Prinzipien der UN-Charta“. Nach der Anerkennung und als UN-Mitglied werde dessen Regierung bereit sein, Verhandlungen über alle Kernfragen des Konflikts mit Israel zu führen.

Und wie reagiert das offizielle Israel auf die neue Situation in der Palästinenserfrage? Kluge und vorausschauende Politiker, Militärs, Wissenschaftler und Publizisten versuchen, die israelische Führung dahingehend zu beeinflussen, das vorübergehend geöffnete „Fenster der Möglichkeiten“ zu nutzen, um ihrem Land einen gesicherten Platz im nahöstlichen Staatengefüge zu schaffen und es – als eine der „Lokomotiven des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts“ – dauerhaft in der Region zu verwurzeln. Insbesondere der Ausgleich mit den Palästinensern bzw. die Chance für eine Kompromissregelung seien in die Nähe des politisch Erreichbaren gerückt.

Das politische Establishment dagegen ist durch die neuen Töne aus Ramallah aufgeschreckt. Es befürchtet einen Prestigeverlust im Herbst und beschwört die Delegitimierung Israels, sollte eine Zweidrittel-Mehrheit der UNO für den Staat Palästina votieren. Seit Verteidigungsminister Ehud Barak am 13. März 2011 in einer Rede an der Tel Aviver Universität das magische Wort vom „diplomatischen Tsunami“, der Israel im September erreichen werde (Ha'aretz, 18.03.2011, S. 1), in den Ring warf, geistert der Begriff durch die Politik- und Medienlandschaft. Nicht wenige Zeitungsartikel tragen die Überschrift „politischer“, „legaler“, „diplomatischer“ oder „wirtschaftlicher Tsunami“.

Einig sind sich die meisten Politiker und Kommentatoren darin, dass Israel ohne „internationalen Kredit“ nicht existieren könne, die Anerkennung des Palästinastaates „Israel demütigen werde wie nie zuvor“ und eine ernste strategische, wirtschaftliche und politische Krise zur Folge haben könne (Ha'aretz, 3.03.2011, S. 5). Die israelische Regierung könnte verstärkt internationalem Druck ausgesetzt sein, müsste künftig „auf Augenhöhe“ mit den Palästinensern verhandeln, könnte nicht mehr einseitig ihre Bedingungen für einen Friedensschluss diktieren und sähe sich – zumindest mittelfristig – im Westjordangebiet bzw. im Gazastreifen einer völlig neuen legalen Situation gegenüber. Sollte eine international legalisierte palästinensische Regierung z. B. das Rom-Statut unterzeichnen, würden Westbank

und Gaza (und mit ihnen die israelische Besatzungsarmee) unter die Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs fallen (Ha'aretz, 29.04.2011, S. B5).

Das „Menetekeln“ über die Wirkungen eines diplomatischen Tsunami wurde inzwischen zum politisch-ideellen Gesellschaftsspiel. Die Antworten bzw. Begegnungsstrategien unterscheiden sich nach dem jeweiligen Platz ihrer Akteure im politischen Spektrum. Viele erfahrene israelische Politiker und Wissenschaftler meinen, die beste Konterstrategie sei ein ausgewogenes politisches Programm der Konfliktminimierung. Der israelische Politologe Shlomo Avineri warnte z. B. davor, in die „Delegitimierungsfalle“ der Rechtskräfte zu tappen (Ha'aretz, 29.06.2011, S. 5). Der unkritische und inflationäre Gebrauch des Begriffs im politischen Diskurs, im PR-Bemühen der Regierung oder seitens jüdischer Organisationen in Übersee, d. h. der internationale „Kampf gegen die Delegitimierung Israels“, ließen weitgehend außer Acht, dass Israel rund um den Erdball diplomatisch anerkannt sei und kein Staat ernsthaft daran denke, seine legitime Existenz in Frage zu stellen. Die politische Instrumentalisierung jedweder Kritik an Israel dagegen läge im Interesse der israelischen Rechten, die damit jede Infragestellung der Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten auf die Schiene der „Delegitimierung“ zu schieben trachteten.

Bedeutend simpler und unkritischer als Avineri formulierte Verteidigungsminister Ehud Barak die Regierungsmaxime. Die Israelis sollten sich auf Unsicherheit einstellen und konfliktbereit bleiben. Frieden oder ein entsprechendes Abkommen lägen derzeit außerhalb des Erreichbaren. Jeder, der nach Israel eingewandert sei, um nach 2000 Jahren hier eine nationale Heimstatt zu errichten, müsse den damit verbundenen Ungewissheiten gewachsen sein. „Wer dagegen absolute Ruhe sucht, der mag nach Finnland oder Westeuropa auswandern“ (Ha'aretz, 13.04.2011, S. 5). Nicht Frieden somit, sondern Sicherheit (oder Unsicherheit), nicht Kompromiss, sondern Diktat des Stärkeren bestimmen die Agenda der Regierung. Benjamin Netanjahu setzte diese Philosophie in griffige Formeln um.

Friedensdiktat versus Prinzip Hoffnung

Umfassend und präzise wie selten zuvor ein israelischer Regierungschef hat Netanjahu in den letzten Monaten die Leitlinien seiner Regierungspolitik bzw. den Forderungs- und Zielkatalog der israelischen Rechtskräfte kundgetan – sei es bezüglich der Nahost- und Palästinenserfrage, hinsichtlich der Rolle der Weltorganisation und der Legitimität ihrer Beschlüsse, für den Umgang mit internationalen „Partnern“ bzw. „Kritikern“ oder auch bezüglich vieler anderer Fragen israelischer Außen-, Regional- und Gesellschaftspolitik. Drei seiner Statements kommt besondere Bedeutung zu:

- Der Erklärung zur Außenpolitik vor der Knesset am 16. Mai 2011;
- dem Statement vor dem American Israel Public Affairs Committee (AIPAC), der anerkannten Pro-Israel-Lobby in den USA, am 23. Mai 2011;
- der „historischen“ Rede des israelischen Premiers vor dem US-Kongress am 24. Mai 2011.

Die drei Dokumente enthalten in konzentrierter Form das politische Programm, die Grundlinien der Strategie und die Vorstellungen über die konkrete Taktik für künftiges Agieren. Obwohl Netanjahu bereits in seinen Erklärungen in Jerusalem viele Hoffnungen in eine israelische Kompromissbereitschaft bzw. in eine ausgewogene Friedensinitiative merklich gedämpft hatte, zollten die Medien und der politisch aktive Teil der Bevölkerung seinen Begegnungen und Reden in den USA große Aufmerksamkeit – Triumph des unverwüstlichen Prinzips Hoffnung. Aluf Benn, einer der prominenten politischen Kommentatoren des Landes, titelte seinen Artikel in Ha'aretz am Tag des großen Ereignisses

in Washington z. B. mit „Netanjahus heutige Rede vor dem Kongress wird die Rede seines Lebens sein“. Bereits 12 Tage zuvor hatte Ari Shavit, ebenfalls in Ha'aretz (12.05.2011, S. 5), orakelt, dass es keinen Wandel geben werde, wenn Netanjahu sich nicht dem Ernst der Lage stelle; wenn er nicht begreife, „dass wir mit dem Rücken zur Wand stehen und die Richtung ändern müssen, wenn er nicht über sich hinaus wächst und zu einem Staatsmann, einem Führer, wird.“

Mit seinem Auftritt vor dem Kongress und seinen Gesprächen in Washington ist „Bibi“ weder über sich hinausgewachsen, noch hat er das Bild eines großen Staatsmanns abgegeben. War bereits sein Erscheinen auf dem Jahresmeeting von AIPAC ein pures Heimspiel, so fand er im *US Congress* ein exzellentes Publikum, dessen Erwartungshaltung Leon Hadar in Ha'aretz rückblickend auf den folgenden Nenner brachte: „Das Bibi-Spektakel auf dem *Capitol Hill* war durch die Führer der Republikaner in die Wege geleitet worden, als Teil einer offensichtlichen Strategie, die darauf abzielt, Obama in Verlegenheit zu bringen und ihn zu einem Zeitpunkt zu schwächen, da er versucht, die israelisch-palästinensischen Verhandlungen wieder zu beleben und sich auf die Kampagne für seine Wiederwahl 2012 vorzubereiten“ (Ha'aretz, 5.06.1011, S. 5).

Netanjahu, in den USA aufgewachsen, sozialisiert und ausgebildet, wusste mit seinem Publikum virtuos umzugehen, kennt er doch genau die mentale Situation und politische Psyche des durchschnittlichen US-Abgeordneten. Diese wiederum, Republikaner vor allem, jedoch auch zahlreiche Demokraten und eine größere Gruppe zusätzlich geladener Führer jüdischer Organisationen, begrüßten den israelischen Gast enthusiastisch und unterbrachen seine Rede immer wieder mit *standing ovations*. Wenn der Redner z. B. historische Bezüge (und Ansprüche) formulierte oder mit demagogischen Bildern jonglierte, konnte er sich begeisterter Zustimmung und stürmischen Beifalls seiner Hörer gewiss sein. Das traf beispielsweise auf folgende Sentenzen zu:

- Israel sei zu „generösen Zugeständnissen“ bereit, wenn die Palästinenser die einfache Formel, bestehend aus nur sechs Wörtern, aussprechen würden: „Wir anerkennen Israel als jüdischen Staat“;
- kein Wort zwar über die Zurücknahme von Siedlungen und Siedlern, aber: „in einem möglichen Friedensabkommen werden einige Siedlungen außerhalb der israelischen Grenzen liegen“;
- Israel werde „großzügig“ sein bei künftigen Grenzfestlegungen, z. B. bei der Feststellung, welche Grenzen „verteidigungsfähig“ seien;
- Jerusalem müsse die ungeteilte Hauptstadt Israels bleiben; „mit Kreativität und gutem Willen jedoch kann eine Lösung gefunden werden“.

Ein hoher US-Beamter suchte die Netanjahu-Rede auf einen Hauptnenner zu bringen, indem er die (interne) Sicht des Weißen Hauses auf den israelisch-palästinensischen Konflikt wie folgt skizzierte: „Präsident Mahmud Abbas ist willens, Frieden zu schließen, hat dafür jedoch nicht die erforderliche Stärke; Netanjahu dagegen hat die Macht, nicht jedoch den Willen zum Frieden“ (JP, 27.05.2011, S. 15). Mit mehr Chuzpe reagierten israelische Journalisten auf die Rede ihres Premiers. Die Beifallsbekundungen im *US Congress*, so meinte kritisch-bissig Gideon Levy in Ha'aretz (25.05.2011, S. 3), hätten mehr über die Ignoranz der Parlamentarier ausgesagt, denn über die Qualität der Gastrede; selten habe das amerikanische Parlament eine derartige Anhäufung von Propaganda und Ausflüchten, derart viel Heuchelei und Frömmelei, erlebt. Gleichermäßen sarkastisch meinte ein anderer israelischer Journalist, Netanjahu hätte dem Kongress das Tel Aviver Telefonbuch – auf Hebräisch! - vorlesen können; der Beifall wäre keinen Deut geringer ausgefallen.

Wichtiger als das rhetorische Beiwerk waren die kardinalen Aussagen in den Statements Netanjahus. In einem Privatgespräch meinte dieser, dem Kongress und der internationalen Öffentlichkeit mit seiner Rede „einige politische Markierungen abgesteckt zu haben, die durch die Windböen in der Nahostregion nicht verändert werden dürfen“ (JP, 27.05.1011, S. 15). Derartige Wegzeichen sind für den israelischen Regierungschef folgende Grundbedingungen für Verhandlungen und Vereinbarungen mit den Palästinensern (vgl. Ha'aretz, 29.05.2011, S. B1):

- **Iran:** „Die USA werden Iran niemals erlauben, nukleare Waffen zu entwickeln“.
- **Grenzen:** „In jedem realistischen Friedensabkommen werden strategisch oder national wichtige Regionen (des Westjordangebiets) Israel angegliedert sein“.
- **Jerusalem:** „Jerusalem muss die ungeteilte Hauptstadt Israels bleiben“.
- **Flüchtlinge:** „Das palästinensische Flüchtlingsproblem muss außerhalb Israels gelöst werden“.
- **Sicherheit:** „Für die Sicherheit Israels ist es absolut lebenswichtig, dass der palästinensische Staat entmilitarisiert ist“.
- **Hamas:** „Hamas ist kein Partner für Frieden“ (Israel werde nie „mit einer palästinensischen Version von al-Qaida“ verhandeln, vgl. IHT, 25.05.2011, S. 6).
- **UNO:** „Der palästinensische Versuch, über die UNO eine Regelung zu erlangen, wird keinen Frieden bringen. Er muss durch alle Staaten, die ein Ende des Konflikts anstreben, abgelehnt werden“.

Internationale Beobachter, unter ihnen viele problemkundige Israelis, verwiesen sofort darauf, dass o. g. Forderungskatalog als Kern eines Friedensdiktats die endgültige Absage an jeden Kompromissfrieden und damit an jegliches bilaterale Verhandeln bedeuten. „Netanjahus ‚Rede seines Lebens‘ war eine ‚Grabesrede für den Frieden‘“ formulierte Gideon Levy (Ha'aretz, 25.05.2011, S. 3). Im Redaktionskommentar desselben Tages hieß es in Ha'aretz: „Netanjahu führt Israel und die Palästinenser in eine neue Runde der Gewalttätigkeit, parallel zur Isolierung Israels und zu einer tiefen Verstimmung mit der US-Administration“; Israel verdiene einen anderen Führer (Ha'aretz, 25.05.2011, S. 3). Kein palästinensischer Politiker, so andere Kommentatoren, könne die apodiktischen Forderungen Netanjahus auch nur in Erwägung ziehen, solange er sich dem Selbstbestimmungsrecht seines Volkes und dessen Würde verpflichtet fühle. Hinzu komme, so der Journalist Nehemia Shtrasler, dass die Vorbedingungen Netanjahus für Verhandlungen den internationalen Konsens „Zwei Staaten für zwei Völker“ unterliefen. Für die Palästinenser bliebe „ein schmaler Ministaat, bestehend aus drei voneinander getrennten Regionen ohne territoriale Kontinuität, zusätzlich separiert durch zwei Trennlinien: Ariel und Ma'aleh Adumim, im Westen weit entfernt von der 1967er Grenze, im Osten ohne das Jordantal und ohne Anteil an Jerusalem“ (Ha'aretz, 24.05.2011, S. 5).

Das Friedensdiktat der israelischen Regierung bekam durch die jüngsten Reden Netanjahus feste Konturen: Das Jordantal, von der Fläche her ein bedeutender Teil Rest-Palästinas, bliebe unter israelischer Militärverwaltung. Die drei großen Siedlungsblöcke Ma'aleh Adumim, Ariel und Gush Etzion sollten dem israelischen Staatsterritorium zugeschlagen werden – mit oder ohne Gebietsaustausch. Der Siedlungsbau in der Westbank und in Ostjerusalem würde zunächst ungehemmt weitergeführt. Die Flüchtlingsfrage, auch die Negierung aller Ansprüche auf geraubten Besitz, würde verewigt. Der Ablehnung von Hamas als Vertragspartner würde Israel sehr schnell die altbekannte Formel folgen lassen, für Friedensgespräche keinen Partner zu haben, der für das gesamte palästinensische Volk spreche.

Besonderen Wert legte Netanjahu auf seine Forderung, die Palästinenser müssten - als Vorbedingung für jegliches Friedensgespräch – zunächst Israel als „jüdischen Staat“ anerkennen. Damit ignoriert er, dass die PLO (Arafat) am 9. September 1993 – also vor nunmehr nahezu 18 Jahren – Israel offiziell als souveränen Staat anerkannt hat, in vollem Bewusstsein der Tatsache, dass nicht nur die Staatsbezeichnung „Israel“, sondern auch alle seine staatlichen Attribute (Fahne, Staatswappen, Hymne u. a.) eindeutig in jüdischer Geschichte, Religion oder Identität wurzeln, d. h. in der Realität einer „jüdischen Heimstätte“ oder eines „jüdischen Nationalstaats“. Das Problem liegt somit nicht in der fehlenden Anerkennung. Entscheidender sind die unter rechtem Vorzeichen veränderten Narrative. Bisher galt Israel seinen Bürgern – Juden wie Arabern – und der Weltöffentlichkeit als „jüdischer *und* demokratischer Staat“. Die nunmehrige Eliminierung des Demokratischen in der Identitätsformel und die einseitige Betonung des Jüdischen würden für die arabische Minderheit, gleichermaßen jedoch auch für die demokratisch gesinnten jüdischen Staatsbürger, eine neue Realität schaffen:

- Die durch mehrere rassistische Gesetze bzw. Gesetzentwürfe in der Knesset während der gegenwärtigen Legislaturperiode bereits eingeleitete Aberkennung nationaler Identität und demokratischer Rechte der israelischen Staatsbürger palästinensischer Nationalität (20% der Bevölkerung Israels) würde einen veränderten ideellen Bezugsrahmen, neue Legitimität und eine legale Basis erhalten. Alle Weiterungen, bis hin zum Transfer der arabischen Minderheit, angedacht und in die politische Öffentlichkeit getragen beispielsweise durch den israelischen Außenminister, gerieten zunehmend in den Bereich des Möglichen.
- Die Flüchtlingsdebatten wären mit einem Federstrich vom Verhandlungstisch. Entsprechend dem Geschichts- und Identitätsverständnis der Rechten stünde ein „jüdischer Staat“ nicht in der Pflicht, nichtjüdische Rückkehrer aufzunehmen oder zu entschädigen. Das häufig beschworene Stereotyp, der jüdischen Mehrheit und damit dem jüdischen Charakter des Staates erwachse eine demografische Gefahr seitens der Araber, verstärkt durch palästinensische Rückwanderer, würde in neuer Weise Zentralität für die Politik erlangen.
- Jerusalem würde, als ungeteilte Hauptstadt Israels, in allen Stadtteilen seinen jüdischen Charakter ausbauen (der entsprechende Prozess gewinnt zunehmend an Geschwindigkeit), die arabischen Ost-Jerusalemiten würden weiter marginalisiert werden, die Stadt verlöre relativ schnell ihren multinationalen (und multireligiösen) Charakter.
- Sollten Verhandlungen über Kompromissregelungen für ein bis zwei Jahrzehnte erfolgreich hintertrieben und weitere „vollendete Tatsachen“ in der Westbank geschaffen werden, so könnte auch eine rechtslastige Ausprägung der „Einstaatenlösung“ historische Realität werden. Die Identitätsbestimmung Israels als „jüdischer Staat“ würde dann mit Sicherheit auf die Großisrael-Staatsvariante übertragen werden, verbunden mit der rechtlichen Ausgrenzung, Aussiedlung oder Ghettoisierung der Palästinenser. Deren Selbstbestimmungsrecht würde eine wichtige Realisierungschance genommen, d. h. die Palästinenserfrage erhielte eine neue – negative - Dimension.

Das Prinzip Hoffnung: Eine durch die Weltorganisation zu veranlassende demokratische Kompromissregelung auf der Basis des Völkerrechts und der UN-Beschlüsse, zusätzlich ausgehandelt in einem internationalen Rahmen zwischen zwei souveränen Regierungen, ließe entgegen allen o. g. Befürchtungen den Weg offen für die gegenseitige vertragliche Anerkennung zweier Staaten – des Jüdischen Staates Israel (mit einer relativ großen arabischen Minderheit) und des Arabischen Staates Palästina (mit einer beträchtlichen jüdischen Minorität). Wirtschaft, Umwelt, Wasser, Sicherheitspolitik, kulturelle Zusammenarbeit u. a. Fragen, insbesondere jedoch auch die Existenz von Minderheiten auf

beiden Seiten der Grenze, könnten Bindeglieder zwischen den Staaten sein. Minderheiten ohne demokratische Rechte dagegen würden sehr schnell zu Zankäpfeln bzw. zu zusätzlichem Konfliktstoff werden. Die Geschichte ist offen.

Zunächst wird die israelische Regierung wie bisher auf Zeitgewinn setzen und Verhandlungen zu vermeiden suchen, geleitet eventuell auch durch die Hoffnung auf einen künftigen konservativen US-Präsidenten. Sie wird weitere Anstrengungen unternehmen, in der Westbank und in Ostjerusalem zu siedeln, die Kontrolle über das Westjordangebiet und die Abriegelung des Gazastreifens fortzusetzen, die Flüchtlingsfrage von Israel fernzuhalten und die demokratischen Rechte der arabischen Minderheit im eigenen Land einzuengen. Der vergiftete Teufelskreis im Nahostkonflikt – so die Gefahr - könnte erneut militant aufbrechen und neue Kriege, Grenzzwischenfälle, Strafaktionen oder Geiselnahmen gebären; aus Enttäuschung und Verzweiflung könnte die dritte Intifada erwachsen. Das Prinzip Hoffnung hat, nach Offenlegung der Agenda der israelischen Regierung, offensichtlich nur geringe Chancen im Nahen Osten.

Konteraktionen – wirksam oder kontraproduktiv?

Die Reden und Gespräche Benjamin Netanjahus in den USA, das Werben um die Konservativen, die Mobilisierung der pro-israelischen Lobby (AIPAC) und die unverhüllte Druckausübung auf Präsident Obama bildeten einen Höhepunkt im Bemühen, den diplomatischen September-Tsunami für Israel zu neutralisieren. Das Spektrum der Konterstrategien freilich ist bedeutend breiter:

- Bereits im März 2011 informierte die israelische Regierung die 15 Mitglieder des Sicherheitsrates und die wichtigsten EU-Staaten darüber, dass Israel „eine Serie unilateraler Schritte“ einleiten werde, sollte die PA weiterhin die Anerkennung des Staates Palästina durch die UNO betreiben. Der Generaldirektor im Außenministerium, Rafael Barak, sandte parallel dazu ein geheimes Telegramm an mehr als 30 israelische Botschafter, insbesondere in westeuropäischen Staaten, mit der Aufforderung, in ihrem jeweiligen Gastland auf möglichst hoher Ebene „diplomatischen Protest“ gegen die Aktivitäten der PA anzumelden (Ha'aretz, 29.03.2011, S. 1).
- Zu den „unilateralen Antworten“ sollte nach Auffassung rechter politischer Kräfte u. a. gehören, das Westjordangebiet israelischem Recht zu unterstellen oder die Siedlungsblöcke zu annektieren. Als Antwort auf eine Terrorattacke in der Westbanksiedlung Itamar forcierte Israel den Siedlungsbau – ein typisch „Pavlow'scher Effekt“, meint Merav Michaeli in Ha'aretz (14.03.2011, S. 5). Das Ministerielle Komitee für Siedlungsfragen genehmigte 400 bis 500 neue Siedlungseinheiten (Ha'aretz, 14.03.2011, S. 1). Vertreter der Likud-Partei hatten dem Ministerpräsidenten wenige Tage zuvor, in einer Zeitungsannonce mit Fotos und Forderungen von acht Likud-Ministern, zugerufen: „Build, Bibi, build!“ (Ha'aretz, 7.03.2011, S. 3). Nur wenige Wochen später legten führende Rechtspolitiker im arabischen Osten Jerusalems den Grundstein für neue jüdische Wohngebiete.
- Als anlässlich des diesjährigen *Nakba*-Tages, am 15. Mai, Bewohner palästinensischer Flüchtlingslager im Libanon an der Grenze demonstrierten, meinte die israelische Armee, Macht und Abschreckung unter Beweis stellen zu müssen – nicht zuletzt auch mit Blick auf die „Gefahren des Herbstes“. „Die israelischen Soldaten setzten gegen libanesischen Demonstranten unverhältnismäßig Gewalt ein“, heißt es in einem Bericht des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon. „Sie schossen mit scharfer Munition und töteten sieben bzw. verwundeten 111 der Demonstrierenden“ (Ha'aretz, 6.07.2011, S. 1).

- Außenminister Avigdor Lieberman wollte seinem Regierungschef nicht nachstehen. Eine aktive Reisediplomatie führte ihn in zahlreiche Länder des Erdballs. Unter anderem besuchte er Albanien, ein Land, in dem 17 Jahre lang kein israelischer Außenminister gesichtet worden war. Umworben wurden von ihm auch viele andere „kleine Staaten“, so San Marino, die Karibischen Inseln oder afrikanische UN-Mitglieder (Ha'aretz, 4.07.2011, S. 1). Der für die EU-Außenpolitik zuständigen Catherine Ashton gegenüber betonte Lieberman am 17. Juni, sein Land werde alle Abkommen mit den Palästinensern, einschließlich der Oslo-Vereinbarungen, aufkündigen, sollte die palästinensische Autonomiebehörde den Alleingang zur UNO nicht aufgeben oder die Vollversammlung einen Israel unfreundlichen Beschluss fassen (Ha'aretz, 19.06.2011, S. 2).

Die „außerordentlichen Anstrengungen“ zeitigten zunächst offensichtlich nur geringe Resultate. Wie Ha'aretz offenlegte, wandte sich das Außenministerium daher am 2. Juni 2011 mit einem *top secret* Telegramm nochmals an seine Botschafter. Für September wurde den Spitzendiplomaten ein genereller Urlaubsstopp auferlegt. Gleichzeitig wurden sie beauftragt, einen auf Schwerpunkte fokussierten Plan mit konkreten Maßnahmen zu erarbeiten, um ihr Gastland dahingehend zu beeinflussen, in der UNO gegen die Aufnahme des Staates Palästinas zu stimmen. „Ihr Plan soll beinhalten“, hieß es im geheimen Telegramm, „wie die wichtigsten Politiker erreicht, möglichst viele Multiplikatoren (lokale jüdische Gemeinden, Nichtregierungsorganisationen) mobilisiert werden oder die Medien genutzt werden können, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, und wie die Öffentlichkeitsarbeit (der jeweiligen Botschaft) auf alle relevanten Bevölkerungsgruppen ausgedehnt werden kann“ (Ha'aretz, 10.6.2011, S. 1 u. 3).

Die Erfolgsmeldungen – oder Problemfälle – sollten an das ad hoc geschaffene ministerielle „September-Forum“ unter Leitung des Direktors der Nahostabteilung gesandt werden. In einem dritten Schreiben (vom 5. Juni 2011) an die israelischen Botschafter in den EU-Staaten wurden die Europäer drei Gruppen zugeordnet: Ländern, die sich gegen die „einseitige Aktion“ der Palästinenser ausgesprochen hätten (u. a. Deutschland und Italien); Staaten, deren Position noch offen sei (z. B. die Osteuropäer, die zwar israelfreundlich seien, den palästinensischen Staat jedoch bereits 1988 anerkannt hätten; sie insbesondere wurden zum Ziel der Diplomatie auf hoher Ebene erklärt); schließlich europäische Regierungen, die zur Anerkennung des Palästinastaates tendierten (Schweden, Irland, Belgien, Portugal u. a.). Das Geheimpapier, unterzeichnet vom Leiter der Westeuropa-Abteilung, konkretisierte die Ebenen und Aktivitäten im Rahmen der Konterpropaganda nochmals: Die Diplomaten in europäischen Ländern wurden darin zum wiederholten Mal aufgefordert, in ihrem Gastland „möglichst viele Politiker und Meinungsmacher anzuspornen, öffentliche Erklärungen oder andere Stellungnahmen abzugeben, in denen die Anerkennung des Palästinenserstaates eindeutig abgelehnt wird“ (Ha'aretz, 10.06.2011, S. 1. u. 3).

Eine Zwischenbilanz: Die skizzierten Konteraktionen zeitigten inzwischen einige für Israel positive Ergebnisse: Die USA, Kanada, eine Gruppe europäischer Staaten, jedoch auch die Marshall-Inseln und Mikronesien (!), dürften gegen den Antrag der Palästinenser stimmen, so er dem Plenum der Weltorganisation vorgelegt wird. Die kontraproduktive Wirkung der konzertierten diplomatischen Offensive freilich, insbesondere auch der o. g. Geheimbotschaften, könnte größer ausfallen, als ins Kalkül gezogen. Sie könnte viele alte und neue antisemitische Klischees und Stereotype bedienen. Ein Cartoon mit der deutschen Kanzlerin oder dem italienischen Ministerpräsidenten, beide an der kurzen Leine eines dem Siedlermilieu verpflichteten Außenministers, würde noch zu den freundlicheren Darstellungen gehören. Der persönliche Anstand und die Achtung vor den Bürgern Israels – Juden wie Arabern - verbieten es, entsprechende Bilder weiter auszumalen.

Stimmungslagen in der israelischen Bevölkerung

Seit April 2011 widmen sich die innenpolitischen Debatten in Israel zunehmend der angekündigten Ausrufung des Palästinastaates bzw. den zu erwartenden internationalen Reaktionen. Der September 2011 wurde zu einer „magischen Deadline“ (JP, 10.06.2011, S. 13). Publizistische Analysen und Kommentare, Meinungsumfragen, Friedensinitiativen und Kundgebungen widerspiegeln die aktuelle politische Verfasstheit der israelischen Gesellschaft; sie legen Zeugnis ab von der Diversität der Haltungen und Positionen zur Palästinenserfrage.

Kontrovers wurden zunächst die Nahostreden des US-Präsidenten kommentiert. Mehrheitlich begrüßt wurde dessen Ablehnung der einseitigen Ausrufung eines palästinensischen Staates bzw. seine Auffassung, die Zweistaatenlösung könne einzig durch israelisch-palästinensische Verhandlungen zustande kommen. Damit – so der Ha’aretz-Journalist Gideon Levy – könne sich Netanjahu zurücklehnen und entspannen (Ha’aretz, 20.05.2011, S. 1). Der israelische Premier jedoch zeigte sich keineswegs begeistert oder entspannt, hatte Obama doch davon gesprochen, dass die Grenzen zwischen Israel und Palästina auf den Linien von 1967, einvernehmlichen Gebietsaustausch inbegriffen, beruhen müssten. Netanjahus Reaktion und die *standing ovations* im Kongress während seiner Rede werteten israelische Analysten nicht selten als kontraproduktiv. Der Politologe Shlomo Avineri, langjähriger Generaldirektor im israelischen Außenministerium, meinte: „Wenn die palästinensische Initiative zur Ausrufung eines unabhängigen Staates in der UNO noch irgendeine Ermutigung gebraucht hat, dann erhielt sie diese durch den israelischen Ministerpräsidenten.“ Die Liste der No’s habe die internationale Gemeinschaft davon überzeugt, dass nur eine einseitige palästinensische Aktion den anhaltenden Stillstand und die Verhandlungsabstinenz überwinden könne (HA, 29.05.2011, S. 1B).

Meinungsumfragen des israelischen Dialog-Instituts ergaben, dass die propagandistische Offensive der Regierung innenpolitisch sehr wohl Resultate erbrachte. 47% der israelischen Bürger werteten die USA-Reise ihres Premiers als Erfolg; nur 10% schätzten sie als Fehlschlag ein. Netanjahus Popularität, die während der ersten Monate 2011 deutlich gesunken war, stieg innerhalb von fünf Wochen von 38% auf 51% (HA, 26.05.2011, S. 1). Wären unmittelbar nach Netanjahus USA-Reise Wahlen abgehalten worden, hätte der Likud seine Fraktionsstärke um vier Sitze erweitern können (JP, 26.05.2011, S. 3).

Befragungen, die das Israel Democracy Institute nach Benjamin Netanjahus USA-Reise bzw. seinen Reden in Washington und New York Ende Mai 2011 in Auftrag gab, zeigen ein differenziertes Bild: Der Prozentsatz der jüdischen Bürger Israels, die eine Ausrufung des palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 erwarten, stieg von 64% vor Netanjahus Reise auf nunmehr 75%; 71% der Befragten gehen davon aus, dass eine Mehrheit der UN-Vollversammlung den Staat anerkennen werde; 65% glauben, dass diese Entwicklung israelischen Interessen schade; 74% erwarten einen erhöhten Druck auf Israel, einschließlich wirtschaftlicher Sanktionen. Die arabischen Staatsbürger werteten mehrheitlich (68%) die Ergebnisse des Besuchs als Verbesserung des israelisch-amerikanischen Verhältnisses; 71% erklärten, die Politik Obamas sei pro-israelisch. Während nur 38,5% der jüdischen Befragten der Meinung sind, Israel könne durch größere Flexibilität die diplomatische Offensive der PA noch verhindern, dominiert unter arabischen Befragten (55,6%) diese Auffassung. 68,9% der jüdischen und 62,1% der arabischen Befragten halten den Ausbruch einer dritten Intifada für wahrscheinlich bzw. sehr wahrscheinlich (Ephraim Ya’ar/Tamar Hermann: After Prime Minister Netanyahu’s May 2011 Visit to the U.S., May 2011 Peace Index #2).

Eine etwa zeitgleich durchgeführte Umfrage des Dahaf-Instituts ergab, dass 77% der jüdischen Israelis nicht bereit seien, zu den Grenzen vor 1967 zurückzukehren, selbst wenn

dies zu Friedensabkommen mit arabischen Staaten führen würde; 85% äußerten die Meinung, Jerusalem müsse vereinigt und unter israelischer Hoheit bleiben (JP, 9.06.2011, S. 3).

Die **israelische Rechte** reagierte – wie bereits dargestellt - mit Ablehnung und Annexions-Forderungen auf die Absicht der Palästinenser, einen eigenen Staat auszurufen und in der UNO zur Abstimmung zu stellen: Minister Uzi Landau (Likud) erklärte z. B., er werde seiner Regierung vorschlagen, das Jordantal und die Gebiete in „Judäa und Samaria“, in denen es eine Vielzahl jüdischer Siedlungen gibt, zu annektieren. Arie Eldad (Ichud Le’umi) kehrte gar zum politischen Mantra israelischer Politiker der 1970er Jahre zurück, indem er erklärte, es gäbe bereits einen palästinensischen Staat – nämlich Jordanien (JP, 25.05.2011, S. 3; JP, 29.05.2011, S. 3). Siedlervertreter, so beispielsweise Dani Dajan, Vorsitzender des *Jesha* (Siedler)-Rates, kritisierten Netanjahus Reden in den USA als „völlig inakzeptabel“ und als „einen signifikanten Schritt rückwärts“ (JP, 25.05.2011, S. 2).

Die **parlamentarische Opposition** reagierte verhalten. Tzipi Livni, Vorsitzende von Kadima, griff Netanjahu im Parlament zwar an („Reden im amerikanischen Kongress in perfektem Englisch und mit amerikanischem Akzent sind nicht die Hauptsache; sie werden den Tsunami nicht verhindern“), verwies jedoch zugleich darauf, dass sie wiederholt ihre Unterstützung für eine Umbildung der Regierungskoalition angeboten habe, sollte diese Maßnahme erforderlich sein, auf amerikanische Vorschläge einzugehen. Netanjahu freilich dürfte kaum auf die Offerte zurückkommen, wolle er doch die nächsten Knessetwahlen auf der Grundlage seiner rechten Grundsätze bestreiten (HA, *Haschavua*, 20.05.2011, S. 3).

Isaak Herzog, einer der Kandidaten für die neue Führung der Arbeitspartei, sprach sich für die Anerkennung eines palästinensischen Staates durch die UNO unter der Bedingung aus, dass Verhandlungen über endgültige Grenzen stattfinden würden. Die Vereinbarung zwischen PA und Hamas bedeute, dass derartige Gespräche nicht zwischen drei, sondern zwei Staaten geführt werden könnten (JP, 29.04.2011, S. 6).

Ha’aretz-Kolumnist Akiva Eldar sieht in der Ausrufung des palästinensischen Staates eine Chance für Israel. Das Land habe 2011 möglicherweise zum letzten Mal seinen Unabhängigkeitstag ohne fest geschriebene Grenzen begangen. Sollte die UNO den Staat Palästina in den Grenzen von 1967 anerkennen, bedeute das ein Ende der palästinensischen Forderungen, nach Haifa, Akko oder Jaffa zurückzukehren. Die Regierungen Israels und Palästinas würden zudem künftig als „Gleiche“ Verhandlungen über offene Fragen führen können (Ha’aretz, 9.05.2011, S. B5).

Die israelische Öffentlichkeit war in den letzten Wochen stärker mit der Preisverdopplung für Milchprodukte (Cottage-Cheese-Facebook-Initiative) und andere soziale Existenzfragen beschäftigt, denn mit dem September-Tsunami. Die **Friedensinitiativen namhafter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens**, die sich durch realistisches Denken, strategische Weitsicht und Insistieren auf demokratischen Grundlagen auszeichneten, erzielten zumindest kein vergleichbares Echo. Sie stehen dennoch für die innere Würde und äußere Reputation Israels. Der Rat für Frieden und Sicherheit, dem mehrere Hundert Offiziere angehören, sprach sich z. B. Ende März 2011, gemeinsam mit der Genfer Initiative, dafür aus, die politischen Umwälzungen in den arabischen Staaten als Chance für Israel zu begreifen und den politischen Stillstand (in den Verhandlungen mit den Palästinensern) zu überwinden (HA, 29.03.2011, S. 3).

Eine weitere Friedensinitiative wurde am 6. April 2011 auf einer Pressekonferenz in Tel Aviv vorgestellt, getragen von 40 namhaften Militärs und Wirtschaftsmanagern, unter ihnen ehemalige Geheimdienstchefs (Jaakov Peri, Ami Ajalon und Dani Jatom) und Unternehmer wie Idan Ofer und Bruno Landsberg sowie Adina Bar Schalom, die Tochter Rabbi Ovadia Josefs. Die Initiatoren zitierten die arabische Friedensinitiative von 2002 und forderten die Knessetmitglieder sowie einflussreiche Persönlichkeiten des militärischen, politischen und

wirtschaftlichen Establishments auf, Druck auf die israelische Regierung auszuüben, der Bildung eines palästinensischen Staates im Gazastreifen und nahezu dem gesamten Westjordangebiet, einschließlich Ostjerusalems, zuzustimmen (Ha'aretz, 6.04.2011, S. 1).

Am 6. Mai veröffentlichten mehr als 100 namhafte israelische Persönlichkeiten, unter ihnen 27 Israel-Preisträger, eine neue „Unabhängigkeitserklärung“ („Declaration of Independence from the Occupation“). In ihr begrüßten sie die palästinensischen Unabhängigkeitsbestrebungen und sprachen sich für ein Ende der Okkupation und die Zweistaatenlösung aus (Ha'aretz, 6.05.2011, S. 2). Zwei Wochen später folgte ein weiterer Aufruf mit der Forderung, den palästinensischen Staat auf Grundlage der Grenzen vom 4. Juni 1967 anzuerkennen, unterzeichnet von annähernd zwei Dutzend Generälen und anderen hochrangigen Offiziere sowie durch zahlreiche namhafte Diplomaten, Politiker, Schriftsteller und Künstler, u. a. Amos Oz, Joram Kaniuk, Sami Michael, Hanna Maron und Jehoshua Sobol (Ha'aretz, 18.05.2011, S. 3). Zu den Unterzeichnern beider Erklärungen gehörte auch Jehuda Bauer, einer der bedeutendsten Holocaust-Forscher Israels.

Die israelischen Unternehmer und Banker teilen nicht unbedingt die Aufgeregtheit und Panikmache einiger Politiker und Journalisten. Auf einer Konferenz über „Sicherheit und Investitionen“ am 19. Juni 2011 räumten sie zwar ein, dass sich die israelischen Börsenkurse und generell die Finanztransaktionen in starkem Maße durch „schlechte Nachrichten, sei es von der Heimatfront in Israel, sei es aus dem globalen makroökonomischen Umfeld“ leiten ließen und der Markt z. Zt. zu sehr auf „die schlechten September-Nachrichten und die Ausrufung des palästinensischen Staates“ fixiert sei. Sobald die Investoren jedoch feststellen würden, dass sich die Erde weiter drehe, sei mit einer deutlichen Belebung des Marktes bzw. mit einem neuen Aufschwung zu rechnen. Das besage zumindest die Erfahrung des Jahres 2005, d. h. die Reaktion auf die einseitige Räumung des Gazastreifens (Ha'aretz, 20.06.2011, S. 12).

Und wie reagiert die **israelische Linke**? Israelische Demokraten, links und im Zentrum des politischen Spektrums angesiedelt, nutzten den israelischen Unabhängigkeitstag 2011 bzw. den 44. Jahrestag des Beginns des Junikrieges 1967, um am 4. Juni auf einer großen Demonstration in Tel Aviv (ca. 10.000 Teilnehmer) die Etablierung des palästinensischen Staates zu fordern. Für sie sei die Formel „Zwei Staaten für zwei Völker“ kein Lippenbekenntnis, sondern Grundlage für einen stabilen Frieden in der Region. Ein palästinensischer Staat sei im vitalen Interesse Israels. Die unter der Losung „Netanjahu sagt NEIN - wir sagen JA zu einem palästinensischen Staat“ stehende Kundgebung vereinte Knessetmitglieder von Chadasch, Meretz, Arbeitspartei und sogar Kadima. Zehava Galon, die neue Fraktionsvorsitzende von Meretz im Parlament, nannte den israelischen Premierminister einen „gefährlichen Extremisten“; er lehne den Frieden ab und führe Israel in die internationale Isolierung.

Aus der Vielzahl linker Initiativen seien – exemplarisch - zwei herausgegriffen: Die Frauenorganisation der Kommunistischen Partei Israels, TANDI, startete – gemeinsam mit der PWWCU (Palestinian Working Women Committees Union) – eine öffentliche Kampagne zur Anerkennung des „unabhängigen und souveränen palästinensischen Staates in den Grenzen vom 4. Juni 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt“. Israelische und palästinensische Frauen müssten Hand in Hand arbeiten, um weiteres Blutvergießen und künftige Kriege zu verhindern; Frieden sei die unabdingbare Voraussetzung für eine demokratische Zivilgesellschaft (Joint Declaration of Israeli and Palestinian Women, 4.06.2011).

Das Mossawa Center, eine zivilgesellschaftliche Organisation palästinensischer Staatsbürger Israels, unterstützte prinzipiell Verhandlungen auf Basis der Vorschläge Obamas. Sollten im Rahmen eines „einvernehmlich vereinbarten Gebietsaustausch“ dagegen auch arabisch besiedelte Gebiete Israels ins Kalkül gezogen werden, sei es unabdingbar, gewählte Vertreter

der arabischen Minderheit Israels in die Kompromissgespräche einzubeziehen (The Mossawa's Center Statement on Recent Remarks by President Obama and Prime Minister Netanyahu, Veröffentlichung des Mossawa Center, 26. Mai 2011, S. 1).

Entscheidungsfindung, Handlungsoptionen, Gestaltungsszenarien

Noch suchen viele Politiker weltweit nach Verzögerungstaktiken, Kompromissen oder konkreten Gestaltungsszenarien, wie im September – und darüber hinaus – mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt umzugehen sei. Viele Vorentscheidungen hinsichtlich der Inhalte wie des *Procedere* sind noch offen; um sie wird hart gerungen – ein spezielles *game of nations*. Das sich dem Beobachter bietende Bild ist freilich betrüblich negativ gefärbt: Im internationalen Tauziehen spielen auch diesmal politische Moral, demokratisches Bewusstsein oder die Satzungen des Völkerrechts eine nur untergeordnete Rolle. Eindeutig bestimmend wirken Macht, Interessen, Obstruktionspolitik, Allianzen, verbale Heuchelei. Sollte der palästinensische Antrag der Vollversammlung der Vereinten Nationen vorgelegt werden, wird die Abstimmung zumindest erweisen, welche Staaten der internationalen Gemeinschaft an der ausgleichenden, ordnenden und konfliktdämpfenden Wirkung des Völkerrechts interessiert sind. Auf dem Spiel stehen – neben Entscheidungen über Zementierung oder produktive Bearbeitung des israelischen-palästinensischen Konflikts – die Achtung und das Prestige der Weltorganisation.

Als hauptsächliche Handlungsoptionen bzw. Gestaltungsszenarien der *global players* in der Palästinenserfrage seien benannt – nicht als realistische Voraussage, sondern einzig als Skizze der Möglichkeiten:

1. Die **Positiv- oder Völkerrechts-Option** entlang der Festlegungen und Beschlüsse der Weltorganisation: Positiv sowohl für die Palästinenser als auch für die Staaten der Region, für die internationale Gemeinschaft und nicht zuletzt für die israelische Bevölkerung. Ihre Verwirklichung setzt voraus, dass die Vollversammlung der Vereinten Nationen mit Zweidrittel-Mehrheit den Staat Palästina in den Grenzen vom 4. Juni 1967 (mit Verweis auf möglichen Gebietsaustausch) als Vollmitglied in ihre Reihen aufnimmt und damit das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser in Form eines Nationalstaats erneut anerkennt.

Eine entsprechende Entscheidung der UNO hätte keine unmittelbar rechtliche Bindung oder Realisierungschance. Sie wäre international bestenfalls politisch-moralisch einklagbar. Zudem würde sie aller Voraussicht nach keine Veränderung der Realitäten in Westbank und Gaza nach sich ziehen, da die israelische Regierung sie, wie viele UN-Resolutionen zum Nahostkonflikt, voraussichtlich ignorieren würde. Dennoch könnte ein von der großen Mehrheit der UN-Mitglieder getragener Beschluss, zumindest in den Grundkomponenten, über das Prinzip Hoffnung hinaus wirken, die jahrzehntelange Suche nach einem produktiven Konfliktmanagement neu beleben und für die hauptsächlichen Kontrahenten - Palästinenser wie Israelis – eine echte *Win-win-Situation*“ (IHT, 25./26.6.2011, S. 8) schaffen.

Die internationale Anerkennung des Staates Palästina birgt in sich die Chance, den Bewohnern des Westjordanlands und des Gazastreifens eine neue Lebensrealität zu schaffen:

- Die politische und kulturelle Ausgestaltung des Staates, möglichst in demokratischen Bahnen, könnte forciert werden. Das beträfe insbesondere die Durchführung von Wahlen zur palästinensischen Legislative bzw. zum Amt des Präsidenten. Der Demokratisierungsprozess könnte die Kraft gewinnen, den radikalen Flügel der Hamas zu isolieren, moderate Hamas-Führer und –Anhänger in den Prozess des *state building* einzubeziehen und damit das religiös-politische Schisma zu überwinden.

- Die wirtschaftliche Konsolidierung und die Erhöhung der Lebensqualität würden einen festen staatlichen Rahmen erhalten. Internationale Wirtschaftshilfen könnten effektiver als bisher kontrolliert und zu einem „Marshall Plan for Palestine“ gebündelt werden. Das achtbare intellektuelle und professionelle Potenzial der Palästinenser könnte wesentlich besser entwickelt und genutzt werden als unter den Bedingungen der Besatzung, der Abriegelung bzw. der Bevormundung.
- Zwischen den Regierungen Israels und Palästinas könnten ohne Zeitdruck Verhandlungen über alle anstehenden Probleme aufgenommen werden. Nationalstaatlich formal annähernd ebenbürtig und auf „Augenhöhe“ verhandelnd, könnte der stärkere Kontrahent dem schwächeren kein Diktat aufzwingen. Zwischenstaatliche Verhandlungsstufen könnten sich, eventuell unter dem Schirm des Nahostquartetts, auf folgende Problemfälle konzentrieren:

Erster Schritt: Grenzziehung, Gebietsaustausch, Sicherheitsvereinbarungen, Beendigung der Siedlungstätigkeit, internationale Garantien;

Zweiter Schritt: Verträge über wirtschaftliche Zusammenarbeit, Wassernutzung, Umweltschutz bzw. gemeinsame entsprechende Projekte;

Dritter Schritt: Vereinbarungen über Jerusalem als kommunalpolitisch einheitlicher Metropole und gleichzeitig Hauptstadt zweier Staaten, inklusive Sonderregelungen für die Altstadt (z. B. durch Einbeziehung der betreffenden Religionsgemeinschaften);

Vierter Schritt: Einvernehmliche Kompromisse für das palästinensische Flüchtlingsproblem und das Schicksal jüdischer Siedlungen und Siedler.

Für alle benannten Verhandlungsfragen existieren durch Politiker und Wissenschaftler erarbeitete gedankliche Kompromissformeln.

Die Bewohner Israels würden - im Gegenzug - von möglichen Vereinbarungen umfassend profitieren:

- Die Ausrufung des Staates Palästina in den Grenzen vom 4. Juni 1967 enthielte erstmals völkerrechtlich gültig die Anerkennung des israelischen Staatsterritoriums innerhalb der „Grünen Linie“, d. h. in 78% des ehemaligen Mandatsgebiets Palästina.
- Die politische Konsolidierung und Demokratisierung des Palästinenserstaates (verbunden mit Garantien, möglicherweise Stationierung internationaler Friedenstruppen in allergischen Grenzzonen), sowie die Neutralisierung militant-islamistischer Kräfte würden die Sicherheit Israels wesentlich erhöhen.
- Die israelische Wirtschaft könnte allseitig von der zu erwartenden „Friedensdividende“ profitieren. Dazu könnten gehören: Die Aufwertung als lukratives Investment-Land, die Dominanz auf dem nah- und mittelöstlichen Markt, größere Rüstungseinsparungen (die Verteidigungsausgaben betragen 2010 über 13 Mrd. US-Dollar), die Umleitung von Geldern für den Siedlungsbau in Entwicklungsprojekte des Negev oder Galiläas und die Belebung aller devisa-relevanten Wirtschaftsbereiche (Export, Tourismus u. a.).
- Israel würde mit einer kühnen Entscheidung nicht nur seine internationale Isolierung durchbrechen, sondern auch das Negativbild einer Besatzungsmacht abschütteln. Es könnte sich als „jüdischer und demokratischer Staat“ produktiv in das Bemühen um einen neuen Nahen Osten einbringen. Als politisch moderate, wirtschaftlich potente, militärisch starke und kulturell bzw. wissenschaftlich kooperative Macht würde Israel ohne Zweifel ein fester Platz in der nahöstlichen Staatenwelt zuwachsen. Nicht nur in der Region, sondern weit darüber hinaus würden antiisraelische Stimmungen und

antisemitische Erscheinungen (u. a. „islamischer Antisemitismus“) deutlich zurückgedrängt werden und abklingen.

Die Positivoption wird sich nicht im Alleinlauf durchsetzen. Sie bedürfte Weitsicht, Gestaltungskraft und einer neuen Kultur internationaler bzw. bilateraler Beziehungen, darüber hinaus eines klugen Konfliktmanagements und hoher Diplomatie. Ob israelische bzw. palästinensische Politiker über diese Befähigung verfügen und ob sie ihre jeweilige Staatsbevölkerung hinter sich zu formieren vermögen, ist schwer zu beantworten. Zumindest die nationalistische Manipulierung beider Gesellschaften stünde dagegen. Die israelische Führung müsste zudem latent mit einem „Aufstand der Siedler“, die PA mit dem Ausbruch der dritten Intifada rechnen, sollten schnelle überzeugende Schritte nicht greifen.

2. Die **Negativ- oder Verhinderungsoption** – Verweigerung, Verzögerung oder Verwässerung der UN-Entscheidung - bleibt auf der Tagesordnung. Noch setzt die israelische Regierung ihre vielfältigen Beziehungen dafür ein, die Entscheidung der UNO zu verhindern oder abzumildern. Auf die „diplomatische Konteroffensive“ und die forcierte „Schaffung neuer Tatsachen“ im Westjordangebiet und in Ost-Jerusalem wurde bereits verwiesen. Zudem haben international bedeutsame Staaten – die USA, Kanada, Deutschland, Italien u. a. – ihre Verweigerungsposition bekundet. Sie stellen die Wahrnehmung eigener Interessen über das Völkerrecht bzw. über das Recht der Völker auf Selbstbestimmung. Ihre aktive militärische bzw. diplomatische Positionierung für „demokratische Aufstände“ in der Region, z. B. in Libyen oder Syrien, steht in einem merkwürdigen Widerspruch zum Abblocken der demokratischen Regelung des Palästinenserproblems.

Die Gefahr, dass Israel im Umfeld der UN-Herbsttagung ein Ablenkungsmanöver – etwa Bombardierung von Atomanlagen in Iran - starten könnte (die entsprechenden Pläne liegen vor), scheint zunächst nicht mehr relevant. Dafür sprechen zumindest Meinungsverschiedenheiten in der israelischen Führung, wie sie unlängst im Umfeld des warnenden Interviews Meir Dagens, ehemaliger Mossad-Chef, publik wurden.

Eine Abkehr vom UN-Verfahren „in letzter Minute“ kann auch dem innerpalästinensischen Widerspruchsgeflecht entspringen. Noch wirkt der Zwiespalt zwischen Hamas und PA, nicht zuletzt in der angestrebten Kompromissregelung mit Hilfe der Weltorganisation. Auch unter säkularen Politikern in Ramallah existieren gegensätzliche Standpunkte. Nachdem die USA und andere wichtige Staaten der internationalen Gemeinschaft nicht von den palästinensischen Rechtsansprüchen bzw. dem Weg über die UNO überzeugt werden konnten, scheinen einige PLO-Politiker wieder stärker für die Verhandlungsvariante mit Israel zu plädieren - freilich in der Hoffnung auf entsprechende internationale Druckausübung.

3. Zwischen Völkerrechts- und Verhinderungsoption existiert ein weites Feld von gedanklichen **Kompromiss-Szenarien**. Ihr gemeinsames Anliegen richtet sich darauf, einen „einseitigen“ Beschluss der Weltorganisation zu verhindern und stattdessen die nahöstlichen Kontrahenten an den Verhandlungstisch zurückzubringen – auf der Grundlage eines durch internationale Akteure vorgegebenen Programms. Derartige Nahost-Initiativen haben z. Z. Konjunktur. Drei seien benannt:
 - Der bereits genannte Ex-Mossad-Chef Meir Dagan konfrontierte in einem Interview seine Regierung mit dem Vorschlag, im Friedensprozess die Initiative zu ergreifen, mit moderaten arabischen Staaten zusammenzuarbeiten und größere Teile des Westjordangebiets den Palästinensern zu übergeben. Damit könnten Grenzvereinbarungen bzw. eine allgemeine Anerkennungswelle des Palästinenserstaates zunächst verhindert oder verzögert werden (Ha'aretz, 3.06.2011).

- Die für Außenpolitik zuständige EU-Kommissarin Catherine Ashton wandte sich an den UN-Generalsekretär sowie an die Außenminister der USA und Russlands, Hillary Clinton und Sergej Lavrov, mit dem Vorschlag, das Nahostquartett solle eine internationale Friedensinitiative auf Basis der Obama-Parameter (1967er Grenze u. a.) starten (Ha'aretz, 19.06.2011, S. 2).
- Der französische Außenminister Alain Juppé stellte am 30. Juni 2011 in Ramallah einen Friedensplan – ebenfalls basierend auf den Obama-Vorschlägen – vor, mit dem Verhandlungen zwischen Israel und der PA neu belebt werden sollten. Die Initiative solle im Zeitraum eines Jahres umgesetzt werden; sie enthalte auch die Lösung der Jerusalemfrage bzw. des palästinensischen Flüchtlingsproblems. Dazu wolle seine Regierung kurzfristig zu einer internationalen Friedenskonferenz nach Paris einladen.

Die „Szenarien mittlerer Reichweite“ scheiterten bisher an der generellen Kompromissresistenz der israelischen Regierung und an der palästinensischen Rahmensetzung für jedes sinnvolle bilaterale Verhandeln: Anerkennung der Grenzen vom 4. Juni 1967 als Voraussetzung für die Kompromissuche und Stopp des Siedlungsbaus. In den politischen Grundpositionen sind beide Seiten derart weit voneinander entfernt, dass kaum Berührungsflächen existieren, d. h. selbst für Verfahrenskompromisse keine Chancen bestehen.

Im Herbst wird in der UNO, so das palästinensische Thema auf die Tagesordnung gesetzt wird, weder der Nahostkonflikt generell erörtert noch das Palästinenserproblem „gelöst“ werden. Bestenfalls wird der Widerspruch zwischen einer Befreiungsorganisation und einem Staat in einen Staatenkonflikt transformiert. Alle Weiterungen sind offen. Und dennoch: „Selbst wenn eine kreative und mutige Antwort [der UN-Vollversammlung] auf die palästinensische Initiative den Konflikt nicht beendet sollte, wird sie ihn zumindest verregelbarer machen“ (IHT, 25./26.06.2011, S. 8).

Tel Aviv, 10. Juli 2011